



**SECRETARIAT D'ÉTAT
CHARGÉ DES PERSONNES
HANDICAPÉES**

*Liberté
Égalité
Fraternité*



Paris, den 9. März 2022

Pressemitteilung

Ministerkonferenz zum Thema:

„Verbesserung der Barrierefreiheit und des Zugangs zu Rechten von Menschen mit Behinderungen – Umsetzung der Europäischen Strategie 2021-2030“

Im Rahmen der französischen EU-Ratspräsidentschaft organisierte Sophie Cluzel, Staatssekretärin beim französischen Premierminister, **eine Ministerkonferenz, an der die für die Belange von Menschen mit Behinderungen zuständigen Minister der 27 EU-Mitgliedstaaten, EU-Kommissare und europäische Direktoren sowie Vertreter der Zivilgesellschaft teilnahmen.** Ziel war es, über mögliche Maßnahmen zur Stärkung der Teilhabe und zur **Verbesserung der Lebensbedingungen von EU-Bürgerinnen und -Bürgern mit Behinderungen im Rahmen der neuen Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030** zu diskutieren, die drei große Hauptthemenbereiche umfasst: **die Rechte von Menschen mit Behinderungen, ihre unabhängige Lebensführung und Autonomie, die Chancengleichheit und Nicht-Diskriminierung.**

„Auch wenn dank der Strategie 2010-2020 maßgebliche Fortschritte für Menschen mit Behinderungen erzielt werden konnten, müssen wir noch stärker auf ein inklusiveres und gerechteres Europa hinarbeiten, und zwar insbesondere im Hinblick auf den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Rechte von Menschen mit Behinderungen.“, erklärte Sophie Cluzel, Staatssekretärin für Menschen mit Behinderung beim französischen Premierminister.

„Trotz der erreichten Fortschritte stehen Menschen mit Behinderungen noch immer vor großen Hindernissen was die Ausübung ihrer Rechte angeht. Mangelnde Barrierefreiheit, zahlreiche sich wiederholende Formen der Diskriminierung und Vorurteile erschweren ihnen den Zugang zu hochwertigen Arbeits- oder Studienplätzen. Unsere Strategie setzt das europäische Engagement bei der Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen fort. Wir fordern nun die Mitgliedstaaten auf, ehrgeizige nationale Strategien zur Umsetzung des UN-Übereinkommens und unserer

Europäischen Strategie zu verabschieden.“, erklärte Helena Dalli, die EU-Kommissarin für Gleichheitspolitik.

Barrierefreiheit: eine wesentliche Herausforderung für den digitalen und ökologischen Wandel der Europäischen Union

Allgemeiner Zugang zu physischen sowie virtuellen Informationen, Gütern, Dienstleistungen und Infrastrukturen – Frankreich unterstützt die Leitprinzipien der neuen EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, wie etwa die **Einrichtung eines Ressourcenzentrums für Barrierefreiheit (AccessibleEU) im Jahr 2022 und den europäischen Behindertenausweis**, der grenzübergreifend einen gleichberechtigten Zugang zu unterstützenden Leistungen und Diensten gewährleistet.

Ein Pilotprojekt zu einem EU-Behindertenausweis wurde 2016 in acht EU-Ländern gestartet: Belgien, Estland, Finnland, Italien, Malta, Rumänien, Slowenien und Zypern. Der Ausweis hat keinen Einfluss auf die nationalen Kriterien und Anspruchsvoraussetzungen. Es bleibt weiterhin den Mitgliedstaaten überlassen, auf der Grundlage der nationalen Definition des Begriffs „Behinderung“ darüber zu entscheiden, wer Anspruch auf den Ausweis hat, und die Modalitäten seiner Ausstellung festzulegen. Die Konferenz bot Gelegenheit, diese Fortschritte aufzuzeigen und Modalitäten zur allgemeinen Einführung des Ausweises zu besprechen.

Eine der Prioritäten Europas: der Zugang zu Bildung und Ausbildung für alle

Die Europäische Union ist bestrebt, die **Handlungskompetenz zu stärken**, sodass alle Bürgerinnen und Bürger **ihren Lebensweg von der Schule bis zur Berufsausbildung**, einschließlich der Hochschulbildung, und **von der Ausbildung bis zur Berufstätigkeit**, einschließlich der Lehrlingsausbildung, frei gestalten können.

Die Europäische Union bekräftigt ihre Unterstützung für **die Schaffung eines europäischen Bildungsraums und hat für das neue Programm Erasmus+ 2021-2027 ein spezifisches Budget von mehr als 26 Milliarden Euro bereitgestellt**, das vor allem eine besondere Unterstützung vorsieht, durch die unter anderem zusätzliche Kosten gedeckt werden sollen, die Studierende mit Behinderungen und ihre Begleitpersonen direkt betreffen.

Für eine europäische Zukunftsperspektive bei der Forschung zu Autismus im Bereich neurologischer Entwicklungsstörungen

Weltweit kommen jedes Jahr 5 % der Kinder mit einer neurologischen Entwicklungsstörung zur Welt **Im Bereich der Forschung zu neurologischen Entwicklungsstörungen vollziehen sich in Europa ständig neue Entwicklungen**. Zahlreiche Initiativen zeugen von einem regen Interesse am **Aufbau eines Europäischen Forschungsraums für Autismus und neurologische Entwicklungsstörungen**, beispielsweise:

- **Das Forschungsnetzwerk für Neurowissenschaft ERA-NET NEURON** zur Förderung der Finanzierung kollaborativer und multinationaler Forschung
- **Die Initiative Innovative Arzneimittel (IMI)** für personalisierte Arzneimittelbehandlungen bei Autismus-Spektrum-Störungen (ASS)
- **Das europäische Forschungsprogramm „AIMS-2-Trials“** zur Entwicklung, Erprobung und Einführung neuer Behandlungsmethoden unter Einbeziehung von Interessengruppen und eines weltweiten Netzwerks klinischer Studien für Autismus-Spektrum-Störungen.

„Die Verbesserung der Kommunikation und Stärkung der Synergien zwischen den verschiedenen Forschungsteams in den Bereichen Neurowissenschaft und neurologische Entwicklungsstörungen ist wohl die wichtigste Voraussetzung für den Aufbau eines europäischen Forschungsraums für Autismus und neurologische Entwicklungsstörungen. Wir müssen noch weiter gehen und Einzelpersonen und Familien in jede Forschungsphase einbeziehen, um sie in den Mittelpunkt der gewählten Behandlungen und Methoden zu stellen.“, erklärte **Sophie Cluzel, Staatssekretärin für Menschen mit Behinderung beim französischen Premierminister.**

Für einen offenen und inklusiven Arbeitsmarkt im Hinblick auf das europäische Beschäftigungspaket für Menschen mit Behinderungen

Als Leitinitiative der Europäischen Strategie 2021-2030 im Bereich Beschäftigung umfasst das geplante „Beschäftigungspaket“ nicht legislative Maßnahmen mit dem Ziel, durch die Zusammenarbeit des europäischen Netzwerks der öffentlichen Arbeitsverwaltungen, der Sozialpartner und der Organisationen, welche die Belange von Menschen mit Behinderungen zu vertreten, die **Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt zu verbessern** und deren **Beschäftigungsquote in Europa zu erhöhen**, die mit 51 % unter der Beschäftigungsquote von Menschen ohne Behinderungen / des Rests der Bevölkerung von 75 % liegt.

Europäische Initiativen wie der **DUOday** oder **Job-Coaching, Unterstützte Beschäftigung**, sind wahre **Sprungbretter ins Berufsleben.**

„In der Europäischen Union hat nur die Hälfte der Menschen mit Behinderungen Zugang zum Arbeitsmarkt. Das ist nicht akzeptabel. Den Zugang zum Arbeitsmarkt zu fördern wird nicht nur das tägliche Leben der Betroffenen verbessern, sondern auch unseren Volkswirtschaften und Gesellschaften als Ganzes zugutekommen. Unser Ziel ist ein inklusiver Arbeitsmarkt mit Chancengleichheit und guten Beschäftigungsmöglichkeiten für alle. Ein koordiniertes Vorgehen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene wird unerlässlich sein, um diese Ziele zu erreichen.“, **betonte Helena Dalli, die EU-Kommissarin für Gleichstellung.**

Einige Statistiken zum Thema Behinderung in der Europäischen Union

[Quelle: Eurostat, 2019, 2020]

In der Europäischen Union leben etwa 87 Millionen Menschen im Alter von 16 bis 64 Jahren mit einer Behinderung; das entspricht einem Anteil von 17,9 % in dieser Altersgruppe.

- Davon gehen 50,8 % einer Beschäftigung nach (im Vergleich zu 75 % der Restbevölkerung), jedoch überdurchschnittlich oft unter prekären Arbeitsverhältnissen und im Niedriglohnssektor.
- 29,4 % der Menschen mit Behinderungen haben einen Abschluss an weiterführenden Schulen, gegenüber 43,8 % der Restbevölkerung.
- Mehr als die Hälfte der Menschen mit Behinderungen gibt an, sich schon einmal diskriminiert gefühlt zu haben.

Pressekontakt:

Französisches Staatssekretariat für Menschen mit Behinderung

Kabinett von Sophie CLUZEL
seph.communication@pm.gouv.fr